



18. Dezember 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Corona: Nationale Impfstrategie**
- **Diese Woche im Deutschen Bundestag**
 - **Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes**
 - **Jahressteuergesetz 2021**
 - **Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie**
- **2021: Kindergeld, Grundrente, Soli nur für Spitzenverdiener**
- **Weihnachtsgruß**



Corona: Nationale Impfstrategie

Im Bundestag stellt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den Fragen der Abgeordneten. Sie stand zum dritten Mal in diesem Jahr den Parlamentariern Rede und Antwort.

In der Aktuellen Stunde ging es vor allem um die nationale Impfstrategie in der Corona-Pandemie.

Sie wird von der Bundesregierung in einer Verordnung festgelegt.

Hochbetagte und andere Risikogruppen, Ärzte und Pflegepersonal sowie Mitarbeiter in gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie Polizei, Schulen oder Kitas sollen zuerst geimpft werden.

Merkel hat die Position der Bundesregierung bekräftigt, dass Impfungen gegen das Coronavirus freiwillig bleiben sollen. Sie appellierte an die Bürgerinnen und Bürger, die Möglichkeit zur Impfung wahrzunehmen.

Ziel sei eine Herdenimmunität. Falls mehr als 40, 50 oder 60 Prozent der Menschen sich nicht impfen lassen würden, müssten alle noch lange eine Maske tragen.

Diese Woche im Deutschen Bundestag

Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die am Donnerstag im Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist, soll sicherstellen, dass Gewerbetreibende und Privatleute verstärkt in die Ökostromerzeugung investieren. Mit der Novelle und der bereits erfolgten Abschaffung des Solardeckels und den Verbesserungen der Anrechenbarkeit von Solarstrom im Gebäudeenergie-Gesetz wird gerade für die Solarenergie viel erreicht.

Mit dem neuen EEG soll der Anteil der Erneuerbaren bis 2030 auf mindestens 65 Prozent erhöht werden. Insbesondere durch mehr Solarstrom,



durch Anreize vor allem für kleine Solaranlagen auf Hausdächern. Und um Windräder attraktiver zu machen, sollen Standortgemeinden zukünftig stärker finanziell profitieren.

Die EEG-Umlage auf den Strompreis wird im kommenden Jahr auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt und sinkt damit leicht. Im Gegenzug müssen sich Verbraucher ab 2021 auf die CO₂-Bepreisung für Verkehr und Gebäude einstellen.

Mit der Verabschiedung des Erneuerbare Energien Gesetzes verbunden ist ein starkes Signal für Klimaschutz und Beschäftigung. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Solarenergie kann weiter Fahrt aufnehmen. Denn mit einer auskömmlichen Vergütung, einer spürbaren Entbürokratisierung und der Verankerung des Mieterstroms im Quartier werden auch die Mieterinnen und Mieter von günstigem Solarstrom vom eigenen Dach profitieren können.

Altanlagen, deren EEG-Vergütung ab dem 1. Januar 2021 nach dann 20 Jahren Förderung ausläuft, können ohne unverhältnismäßige Anforderungen an die Messtechnik und ohne EEG-Umlage wirtschaftlich weiterbetrieben werden.

Von großer Bedeutung ist auch, dass der Zubau gewerblicher PV-Dachanlagen weiterhin attraktiv bleibt. Die Auktionspflicht wird nicht wie ursprünglich geplant auf 100 kWp abgesenkt sondern bleibt bei 750 kWp.

Wir sorgen dafür, dass Energie bezahlbar bleibt und die Energiewende zum Mitmach-Projekt für alle wird:

- Wir vereinfachen Mieterstrom: Mieterinnen und Mieter können leichter von günstigem Solarstrom profitieren.
- Wir fördern den Eigenverbrauch: Solaranlagen bis 30 KW werden von der EEG-Umlage befreit.
- Wir beteiligen Kommunen: Städte und Gemeinden können von Windparks finanziell profitieren. Das stärkt auch die Daseinsvorsorge vor Ort.
- Wir sorgen dafür, dass Windkraftanlagen der ersten Stunde nicht abgeschaltet werden müssen.

Damit setzen wir wichtige Punkte aus unserem Zukunftspakt für erneuerbare Energien um.

Jahressteuergesetz 2021

Mit dem Jahressteuergesetz 2020 wurden Verbesserungen für Alleinerziehende und das Ehrenamt beschlossen. Es werden Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Vereine steuerlich bessergestellt.



Um in der Pandemie zu helfen, führen wir eine Homeoffice-Pauschale ein, verlängern die Steuerfreiheit für Arbeitgeberzuschüsse zum Kurzarbeitergeld sowie die Zahlungsfrist für die Steuerbefreiung von Corona-Sonderzahlungen.

Die Übungsleiter- und die Ehrenamtpauschale werden erhöht, die Arbeit der gemeinnützigen Vereine wird vereinfacht und das Spektrum der anerkannten gemeinnützigen Zwecksetzungen wird u.a. um Klimaschutz und Freifunk erweitert.

Der auf 4.008 Euro angehobene Entlastungsbetrag für Alleinerziehende war bislang befristet – jetzt wird er dauerhaft gewährt.

Zudem wird die steuerliche Förderung von Investitionen kleiner und mittlerer Betriebe ausgebaut. Durch die rückwirkende Einziehung bereits verjährter Steueransprüche sorgen wir dafür, dass Steuerhinterzieher auch dann nicht davonkommen, wenn ihre Taten lange zurückliegen. Weitere Maßnahmen dienen der Verhinderung von schwerem Umsatzsteuerbetrug.



Verlässliche Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie

Für jede Arbeit in Deutschland müssen gute arbeitsrechtliche Standards und Arbeitsschutz gelten – auch in der Fleischindustrie. Daher beenden wir mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz das System von organisierter Verantwortungslosigkeit in dieser Branche und sorgen auch dort für verlässliche Arbeitsbedingungen und deren Einhaltung.

Durch das Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit zwingen wir die Branche, Verantwortung für ihre Beschäftigten zu übernehmen. Mit einheitlichen Kontrollstandards und höheren Bußgeldern

sorgen wir für verlässlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir machen die elektronische und manipulationssichere Aufzeichnung der Arbeitszeit zur Pflicht und verbieten den Einsatz von Fremdpersonal im Kerngeschäft. Denn in der Fleischverarbeitung gilt künftig ein grundsätzliches Verbot der Arbeitnehmerüberlassung.

Nur durch einen Tarifvertrag können in engen Grenzen und auf drei Jahre befristet Vereinbarungen getroffen werden. Das stärkt die Tarifbindung in einer Branche, in der es bisher nur wenige Tarifverträge gibt. So werden die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt. Nicht zuletzt wird auch die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften verbessert.

Wir nehmen Geld in die Hand für unsere Infrastruktur, für Bildung und Forschung, für die Digitalisierung und den Kampf gegen den Klimawandel.

Um die Hilfsmaßnahmen finanzieren zu können, nehmen wir neue Schulden auf. Der Haushalt umfasst insgesamt 498,6 Milliarden Euro und die Nettokreditaufnahme liegt bei 179,8 Milliarden Euro. Das ist ein Kraftakt, dessen Lasten gerecht verteilt werden müssen.

Wer jetzt spart, zahlt später doppelt. Unsere Investitionen geben uns die Finanzkraft, um die neuen Schulden zeitig zu tilgen. 17 Jahre ab dem Jahr 2026 sind dafür eingeplant.



Mehr Geld für Familien!
Wir erhöhen das Kindergeld.

NEU!
AB 1. JANUAR
2021

SPD
Fraktion im
Bundestag

Die Grundrente kommt!
Lebensleistung verdient Anerkennung.

NEU!
AB 1. JANUAR
2021

SPD
Fraktion im
Bundestag

**Mehr Geld in der Tasche
für (fast) alle!**
Kein Soli mehr - außer für Spitzenverdiener.

NEU!
AB 1. JANUAR
2021

SPD
Fraktion im
Bundestag

**Wir wünschen Ihnen
friedvolle Weihnachten
und ein frohes neues
Jahr voller Glück und
Gesundheit!**

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-75113

esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Briloner Landstr. 27

34497 Korbach

Tel.: 05631-974712

Bahnhofstraße 26

34369 Hofgeismar

Tel.: 05671-5099398

www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankeberg

Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Bild von [Gerhard G.](#) auf [Pixabay](#) und sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 4 Bild von [Gerd Altmann](#) auf [Pixabay](#) und Bild von [OpenClipart-Vectors](#) auf [Pixabay](#) Seite 5 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 6 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 7 Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.